

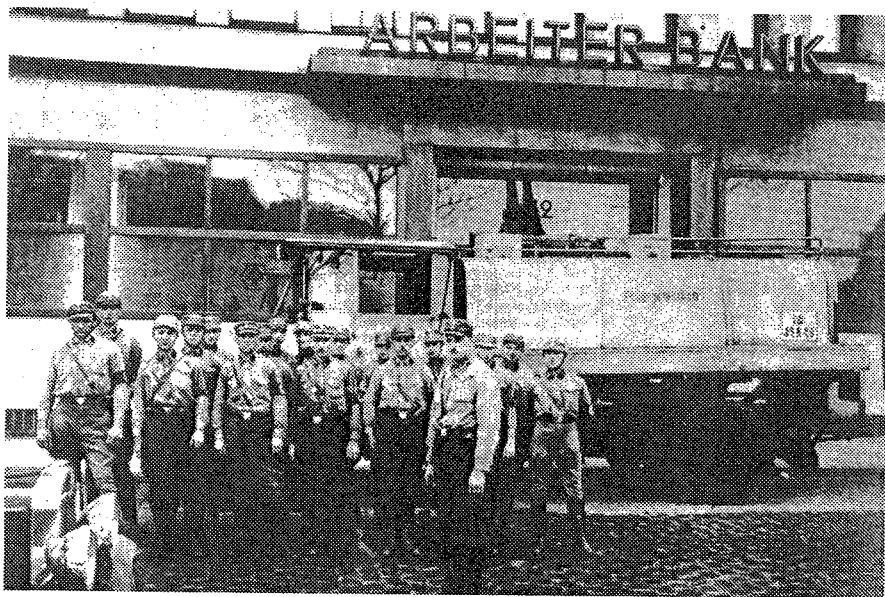
**Gewerkschaftliche**

**Information**

**Populärwissenschaftliche Schriftenreihe  
Zeitgenössische Standpunkte – Historische Dokumente**



**Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e.V.  
- Förderverein -  
zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung**



Berlin, September 2007

**Horst Bednareck**

**Gewerkschaften, Gewerkschafter erinnern sich!**

**75 Jahre nach der  
Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch die Hitler-  
Regierung**

Herausgeber: Freie Deutsche Gewerkschaften e. V.  
Förderverein zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Am 30. Januar 1933, vor 75 Jahren, übernahm die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg die Regierungsgeschäfte. Hans Gottfurcht, sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär und Gewerkschaftstheoretiker, drückte das so aus: "Hitler kam am 30. Januar 1933 zur Macht! Er verdankte dies dem unermüdlichen Kampf der Schwerindustrie und des Junkertums, der Tolerierung durch die Weltmächte, dem beispiellosen Verrat Hindenburgs, der Indifferenz der deutschen Mittelschichten und der Schwäche der deutschen Arbeiterklasse." Damit begann die Periode der finstersten, eben der faschistischen Reaktion in Deutschland. In den ersten Wochen und Monaten der Herrschaft der Hitlerregierung gab es jedoch zwei besonders starke Unsicherheitsfaktoren.

Der erste bestand darin, dass Hitler, die Nazipartei, noch nicht allein, unumschränkt regieren konnten. Die herrschenden Kräfte in Deutschland glaubten noch, Hitler in einem Präsidialkabinett, in dem er von „erfahrenen großbürgerlichen Politikern“, wie Hugenberg und von Papen umgeben war, kontrollieren und lenken zu können.

Der zweite bestand in der Furcht vor einer eventuellen Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen das faschistische Regime. Sie allein wäre die Kraft gewesen, die in der Lage war, das drohende Unheil abzuwenden. Das widerspiegelte sich in besonderer Weise auf den ersten beiden Kabinettsitzungen der Hitlerregierung am 30. Januar und 1. Februar 1933.

Hier warf Hitler selbst die Frage auf, sofort die KPD zu verbieten und ihre Reichstagsmandate zu annullieren, um eine Mehrheit im Reichstag zu erlangen. Des weiteren gab Hitler seinen Eindruck wieder, „es schein sich eine Einheitsfront von den Gewerkschaften bis zur KPD gegen die jetzige Reichsregierung zu bilden.“ Aber noch schreckte diese Regierung, schreckte Hitler, zurück. Sie „befürchteten als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik.“

Joseph Goebbels, der „Gauleiter“ der Nazipartei in Berlin, formulierte die weitere Marschroute. „Der bolschewistische Revolutionsversuch“ muss erst einmal aufflammen, dann können wir im „geeigneten Moment“ zuschlagen.

Dieses Flammenmenetekel, wochenlang durch Mordhetze, Mord und Greuelpropaganda vorbereitet, wurde die faschistische Reichstagsbrandprovokation in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933.

**Wenige Stunden nach der Reichstagsbrandprovokation trat eine Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze von Volk und Staat“ in Kraft** (sie lag also schon im Schubkasten fertig vor). Im Gefolge dieser Provokation gelangten die Nazis in den Besitz der absoluten Herrschaft. Alle Überreste der demokratischen Verhältnisse der Weimarer Republik wurden vollständig beseitigt, der faschistische Terror als Regierungsform durchgesetzt.

So hörte sich das am 28. Februar 1933 im Hitlerkabinett an:

Hermann Göring erklärte vormittags um 11 Uhr: „Außer der kommunistischen habe er auch die sozialdemokratische Presse für das gesamte Reichsgebiet verboten. Sämtliche KPD- Lokale habe er schließen lassen, alle KPD- Abgeordneten und Funktionäre habe er, soweit greifbar, verhaften lassen...“ Konkret bedeutete das die Verhaftung von etwa 5000, in Berlin von 1500 Antifaschisten aller politischen Richtungen.

Nachdem die KPD so in die Illegalität getrieben worden war, bereiteten die faschistischen Machthaber den nächsten großen Schlag gegen die deutsche Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Gewerkschaften vor.

### **Die Nazipartei- Todfeind der Gewerkschaften der Arbeiterklasse und aller Werktätigen**

Die Zerschlagung der Gewerkschaften, ihre Vernichtung, entsprach einzig und allein den Profitinteressen des Kapitals. Das unterstrich ein weiteres Mal den Klassencharakter der faschistischen Diktatur.

Das Ziel, die Ausschaltung der Gewerkschaften im Interesse der Profit- und Machtgelüste der Monopolgewaltigen, war von Beginn an ein Bestandteil der faschistischen Programmatik und Praxis. In seinem Machwerk „Mein Kampf“ trat Hitler bereits 1927 dafür ein, die Gewerkschaften zu zerschlagen. In sozialdemagogischer Absicht forderte er die Existenz gewerkschaftsähnlicher Organisationen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter, diese müssten jedoch „Träger einer nationalsozialistischen Gesinnung und Auffassung“ sein. Wörtlich wandte sich Hitler gegen die „internationale volks- und vaterlandsfeindliche Führung und Einstellung“ der freien Gewerkschaften und verlangte, dass „die gleichen Gewerkschaften fanatisch national in politischen und völkischen Belangen geleitet“ werden müssen.

Diesem verhüllten Todesurteil über die freien Gewerkschaften entsprach auch die politische Praxis der Nazis.

In völliger Übereinstimmung damit wurde 1929 die „Nationalsozialistische Betriebszellen- Organisation“ ( NSBO) geschaffen. Mit ihrer Gründung beabsichtigte die Naziführung ihren Anstrich als „Arbeiterpartei“ glaubhaft zu machen. In Wirklichkeit hatte diese faschistische Organisation nichts, aber auch gar nichts, mit einer Gewerkschaft zu tun. Schon ihr Aufbau, die Ernennung der Führer der NSBO von oben nach unten, ihre Eingliederung als Hauptabteilung VI der „ Obersten Leitung der Parteiorganisation der NSDAP“ bewies, dass es sich hier um eine Art Stoßtrupp der Nazis in den Betrieben handelte. Nach Hans Gottfurcht war es Aufgabe der NSBO „den Gewerkschaftsgedanken zu schwächen, für die nationalsozialistische Idee zu werben, eigene Kandidaten bei den Betriebsrätewahlen aufzustellen und alles zu tun, um Gewerkschaftsfunktionäre zu diskreditieren. Hier war jedes Mittel Recht, ganz gleich ob es sich um provozierte Streitigkeiten oder bewaffnete Überfälle handelte.“

Auf den Beratungen des „Keppler- Kreises, einer Veranstaltung von Großindustriellen und Bankiers, erklärte Hitler am 18. Mai 1932 , durch Zeugnis vor dem Internationalen Militärgerichtshof 1945 belegt , dass ein Punkt seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften sei.

Letztlich erklärte Ende 1932 der Reichsobmann der NSBO, dass die Form der Gewerkschaft überholt sei und der „ ausgetretene marxistische Weg“ über Bord geworfen werden müsste.

Am 20. Februar 1933, auf einer Zusammenkunft von Hitler mit Unternehmern, versprach Hitler den Anwesenden die „ nationalsozialistische Kontrolle der Gewerkschaften.“ Ein erster Dank dafür, war die Zusage von Schacht, Krupp, der IG-Farben, der Vereinigten Stahlwerke und anderer, die NSDAP in ihrem „ Kampf“ mit drei Millionen Mark zu unterstützen. Über den Charakter dieser „ Gewerkschaftskontrolle“, dieses „ Kampfes der Nazis“, ließen die Überfälle auf Gewerkschafter, die Besetzung von Gewerkschaftshäusern und anderer gewerkschaftlicher Einrichtungen bereits in den ersten Wochen und Monaten der faschistischen Herrschaft keinen Zweifel aufkommen. Bis Ende März 1933 registrierten die Gewerkschaften mehr als 160 terroristische Überfälle.

### **Die Verteidigung der Gewerkschaften - eine Überlebensfrage**

Die historischen Tatsachen belegen, dass sich Millionen Gewerkschafter dem Druck der Nazis nicht kampfflos ergaben.

Allen voran rief die KPD zum gemeinsamen Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Herrschaft. Die Rufe der Gewerkschaftsopposition „Freigewerkschafter, kämpft mit uns gegen den gemeinsamen Feind“ vom 1. Februar 1933, kämpft mit uns ohne Bedingungen, nur mit dem ehrlichen Willen zum Kampf gegen die Nazidiktatur, der Appell vom 30. März 1933 „Rettet die Gewerkschaften!“ und schließlich auch der Ruf vom 9. Mai 1933 „ Verteidigt die Gewerkschaften“, blieben nicht ungehört.

Es gab einheitliche antifaschistische Kampffaktionen in Saalfeld, Bremen, Zwickau, Berlin, Lübeck und anderenorts. Arbeiter in Berlin, Kiel, Königsberg u.a. traten für die Freilassung ihrer verhafteten Betriebsräte ein. In Lübeck kam es am 3. und in Staßfurt am 6. Februar 1933 zu machtvollen Streiks. Marksteine dieses Kampfes waren insbesondere die Kundgebungen der Eisernen Front in Stuttgart, Berlin und anderen Orten. So protestierten am 7. Februar 1933 im Berliner Lustgarten 200.000 Arbeiter und andere Werktätige- unter ihnen Tausende Gewerkschafter als Repräsentanten eines der „ drei Pfeile“ der Eisernen Front- gegen die Errichtung der Nazidiktatur. Eine analoge Kundgebung gab es in Stuttgart.

Wenige Tage danach, Mitte Februar 1933, unterzeichneten sechs Kartelle des ADGB und etwa 30 Leitungen lokaler Gewerkschaftsorganisationen einen

Appell an alle Gewerkschafter Deutschlands „ Eine Not, ein Feind, ein Kampf“ und riefen damit zum gemeinsamen Kampf.

Gleich zu Beginn der Betriebsrätewahlen im Februar/ März 1933 wurde den Nazis eine eklatante Niederlage bereitet. Allein bei den ersten Wahlen, aber immerhin in 1783 Betrieben, in denen 9325 Betriebsratsmitglieder gewählt wurden, entfielen nur knapp 12 Prozent der Mandate auf die Vertreter der NSBO. Die Freien Gewerkschaften und die RGO konnten dagegen 78,3 Prozent der Mandate auf sich vereinigen.

Das Verbot der Weiterführung der Betriebsrätewahlen durch die Hitlerregierung am 4. April 1933 war das regierungsoffizielle Eingeständnis dieser Niederlage. Wie tief den Nazis diese Niederlage in den Knochen steckte, bewies die Tatsache, das offiziell erklärt wurde, dass die Betriebsrätewahlen bis zum 30. September 1933 „ ausgesetzt“ werden. Sie fanden aber niemals mehr bis 1945 statt.

Schließlich darf nicht unbeachtet, unvergessen, bleiben, das bei den Reichstagswahlen im März 1933 zwölf Millionen Wähler- das waren 30 Prozent der abgegebenen Stimmen- der SPD und der KPD ihre Stimme gaben.

Diese Tatsachen blieben nicht ohne Wirkung auf die leitenden Organe der freien Gewerkschaften. So veröffentlichte der Bundesausschuss des ADGB seine Erkenntnis, dass „die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, (sich) gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde!“ Aber die Schlussfolgerung daraus war nicht, den Kampf aufzunehmen und sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Nach Auffassung der ADGB- Führung wäre ein solcher Schritt „menschlich begreiflich aber sachlich falsch“. Es gelte“ kühles Blut und Besonnenheit“ zu bewahren.

In einer von der SPD im Jahre 2006 herausgegebenen Publikation wurde diese Haltung so kommentiert: „ Die Gewerkschaften entschieden sich für einen Kurs des „ kühlen Blutes“, das bedeutete faktisch- deutlich im Aufruf zur Teilnahme an den nationalsozialistischen Kundgebungen zum 1. Mai 1933- eine Anpassung an die Übermacht der Nazis.“

Aber noch war es nicht so weit. Vor diesem hier erwähnten Aufruf der ADGB- Führung vom 19. April 1933 waren weitere Schritte der Gewerkschaftsführer hin zu Anpassung, zur Anbiederung, bis hin zur Eingliederung in die faschistische Machtmaschinerie, zu registrieren.

21. März 1933- Bundesvorstand des ADGB:

Die Gewerkschaften verwachsen „ aus wirtschaftlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staat selbst. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleich viel welcher Art das Staatsregime ist.“

25. März 1933- Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB:

In einem Brief an Hitler erklärt er, dass die Gewerkschaften „ das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen“ und nicht beanspruchen, „auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken.“

9. April 1933- Bundesvorstand des ADGB:

Der ADGB „ begrüßt eine Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens herbeizuführen, und empfehle die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften.“

Bleibt der Kommentar der SPD von 2006 zu diesen Tatsachen: „ Diese Politik des Stillhaltens, ja, der Anbiederung, konnten die Gewerkschaften nicht retten.“

Um der historischen Wahrheit willen, sei hier noch festgehalten, dass es einige Führer der freien Gewerkschaften gab, die sich diesem Kapitulationskurs entgegenstellten. So wandte sich Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des Bundes der Angestellten, gegen die Bestrebungen der ADGB- Führung, sich den Nazis anzupassen. Er trat für eine zentralisierte Abwehrbewegung der Arbeiter und Angestellten gegen den Faschismus ein. Faktisch aus Protest gegen die Politik der ADGB- Führung und um ein Zeichen des Kampfes zu setzen, legte er am 28. März 1933 seine Funktion nieder.

Hans Gottfurcht, seit 1919 Gewerkschaftsangestellter, war es, der darauf aufmerksam machte, dass „ einige weitblickende Gewerkschafter“ bereits im Hochsommer 1932 damit begannen, die illegale Arbeit der Gewerkschaften, den Kampf gegen die Nazis vorzubereiten. Zu diesen Gewerkschaftsfunktionären gehörten u.a. Hermann Schlimme, Walter Maschke aus dem Vorstand des ADGB, Heinrich Schliestedt, seit 1910 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Metallarbeitergewerkschaft, Hans Jahn von der Eisenbahnergewerkschaft und Andere. Sie formierten sich 1933 unter der Leitung von Schliestedt zur „Reichsleitung der Gewerkschaften“. Diese Funktionäre hielten Verbindungen untereinander und zu anderen Gewerkschaften, Verbindungen, die bis in die Emigration reichten.

Breitere Kontakte entstanden zu Funktionären des DMV und zu den Eisenbahnern, insbesondere im Reichsbahndirektionsbezirk Köln und Essen.

Nachdem Hans Gottfurcht zur Flucht in die Tschechoslowakei gezwungen worden war, schuf er zusammen mit anderen sozialdemokratischen Gewerkschaftern im August 1935 die „ Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften“, vorerst mit Sitz in Reichenberg (Liberec).

Schließlich sei hier noch angemerkt , dass eine Reihe von Führern der Christlichen- und der Hirsch- Dunckerschen Gewerkschaften eine ähnliche Kapitulationspolitik betrieben, wie die des ADGB.

17. März 1933- Christliche Gewerkschaften:

Die Christlichen Gewerkschaften sind völlig unpolitisch. Sie berieten mit Gauleiter Goebbels über die „ Teilnahme ihrer Anhänger am neuen Staat.“

13. April 1933- Jakob Kaiser, Christliche Gewerkschaften:

„ Für uns alle gibt es keine Befreiung von der Pflicht aktiver Mitarbeit. Es geht um das „ Wie“ des Einbaus der Arbeiterschaft in den neuzugestaltenden Staat...Gleichschaltung von innen heraus allein kann die Losung sein.“

April 1933:

Der Hirsch- Dunckersche „ Gewerkschaftsbund der Angestellten“ löst sich auf und schalteten sich mit dem faschistischen Kurs gleich.

Trotz aller dieser Manöver gingen die Faschisten unbeirrt ihren Weg der Zerschlagung der Gewerkschaften.

### **Die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch den Hitlerfaschismus**

Ungeachtet aller Manöver bereiteten sich die Nazis zielbewusst auf die Zerschlagung der Gewerkschaften vor. Der Gauleiter der Naziartei in Berlin, Goebbels, hielt am 24. März 1933 schriftlich fest, dass nunmehr die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften beginnen. „ Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.“

Die Nazis bildeten ein geheimes „ Aktionskomitee zum Schutze der Deutschen Arbeit.“ Dieses Komitee erarbeitete bis zum 13. April 1933 die einzelnen Schritte zur Liquidierung der Gewerkschaften. Die Tatsache, dass Dr. Robert Ley, der „Reichsorganisationsleiter der NSDAP“, mit dieser Aufgabe betraut wurde und neue Formen der „ Gewerkschaftsarbeit“ finden sollte, machte deutlich, dass jeder Gedanke über eine Selbstständigkeit oder auch Scheinselbstständigkeit einer gewerkschaftsähnlichen Organisation ad acta gelegt worden war Jetzt ging es nur noch um die Eingliederung der Gewerkschaften in den faschistischen Machtapparat.

Am 16. April 1933 gab Hitler offiziell seine Genehmigung für das Konzept der Zerschlagung der Gewerkschaften und den Aufbau faschistischer Organisationen. Goebbels kommentierte diese Entscheidung mit den Worten: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht mehr kennen.“

So nahm das Verhängnis seinen Lauf.



Mit Gesetz vom 10. April 1933 erklärte die Hitlerregierung den 1. Mai zum staatlichen „Feiertag der nationalen Arbeit“.

Auf dieser Grundlage ließen die Nazis auf dem Tempelhofer Feld in Berlin ihr zugleich sozialdemagogisches und bombastisches Schauspiel abrollen. Der Hauptteil der aufmarschierten Hunderttausende waren Arbeiter und Angestellte der Staatsbetriebe und auf Befehl entsandte „Delegationen“ aus dem Umland.

Das Geschrei Hitlers „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“ sowie die Tatsache, das erstmals Unternehmer, Direktoren und Generaldirektoren großer Betriebe an der Seite der Arbeiter marschierten und so die „Volksgemeinschaft“ demonstrierten, verfehlte nicht den Eindruck auf verschiedene Schichten der Arbeiter und Angestellten. Besonders politisch und gewerkschaftlich ungebildete Werktätige unterlagen diesem Spektakel.

Der weitaus größere Teil der Arbeiter und Angestellten- meist gewerkschaftlich organisierte Kräfte- blieben diesem Schauspiel fern. In einigen wenigen Fällen, so in Berlin, Hamburg, Halle, Leipzig, Chemnitz, Dresden, im Ruhrgebiet und am Niederrhein gab es antifaschistische Mai-Gegendemonstrationen und andere Aktionen.

Aber die heranrollende faschistische Terrormaschinerie gegen die Gewerkschaften vermochten auch sie nicht mehr aufzuhalten.

Auf Befehl von Robert Ley wurden am 2. Mai 1933 um 10. Uhr, schlagartig in allen Teilen Deutschlands, die Gewerkschaftshäuser und andere Gewerkschaftseinrichtungen von SA und SS besetzt. Neben Theodor Leipart, dem Vorsitzenden, wurden Peter Graßmann und Rudolf Wissel, alle Verbandsvorsitzenden, Direktoren der Arbeiterbank und Redakteure sowie andere Funktionäre verhaftet. Überall traten NSBO- Kommissare zur Überwachung der Arbeit ihr Amt an.

Über das Schicksal der am 2. Mai 1933 von der SA verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre in Berlin berichtete Hermann Schlimme, Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB- 1945 eines der Mitbegründer des FDGB-:

„Der Vorstand und die Sekretäre wurden auf Lastwagen verladen und in ein ehemaliges Anti- Kriegs- Museum gebracht... Wir mussten etwa 24 Stunden die übelsten Schmähreden anhören und wurden auch von körperlichen Misshandlungen nicht verschont.“

Willi Lehmann, der Vorsitzende des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes in Berlin, wurde nach seiner Verhaftung von SA- Banditen mit Latten geschlagen. Später ketteten ihn seine Peiniger in einem Keller mit Händen, Füßen und Hals fest an eine Wand und ließen aus einer

Konservenbüchse Wasser in regelmäßigen Abständen auf seine Stirn tropfen, um Aussagen von ihm zu erpressen.

Der Kommentar von Hans Gottfurcht lautete Jahre später: „ Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Vermögen beschlagnahmt, die Kartotheken und Akten geraubt, die Funktionäre ihrer Ämter enthoben, misshandelt, verschleppt und ermordet. Es würde zu weit führen, alle Etappen des Übergangs zu schildern. Für die Freien Gewerkschaften kam es zu einer Liquidationsperiode, die am 31. Dezember 1933 ihren Abschluss fand....Die übernommenen oder besser gesagt gestohlenen Vermögenswerte der deutschen Gewerkschaften sind nicht abzuschätzen. Allein bei den Freien Gewerkschaften ergibt sich eine feststellbare Summe von mehr als 140 Millionen Reichsmark.“

Ja, alle Etappen und Schritte dieses Verbrechens, dieser schweren Niederlage der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nachzuzeichnen, ist nicht möglich. Aber einzelne Blicke und Tatsachen darzustellen sind möglich und notwendig.

Ein Gewerkschafter, der diese Tage als Arbeiterjunge erlebte schrieb darüber: „ Mein Vater wurde verhaftet und nach Lichtenburg in „ Schutzhaft“ gebracht. Man hatte im Hause Propagandamaterial gefunden... Auf der Straße hörte ich Marschmusik. Der „ Tag der nationalen Arbeit“ wurde von den Braunen gefeiert.

Trutzig stand ich vor dem Hause, als der Zug vorbeikam und schrie meine ganze Angst und Wut den Braunen ins Gesicht: „ Nieder mit Hitler! Ihr habt meinen Vater verhaftet! Nieder mit Hitler!.. Sie prügeln mich entsetzlich. In der Schule hatte ich nichts zu lachen... Am anderen Tag, es war Dienstag, der 2. Mai 1933, kam ich beim Austragen der Zeitung am Gewerkschaftshaus vorbei. Das Gewerkschaftshaus war von Polizei und SA- Männern umstellt. Ein Freund meines Vaters, der Gewerkschaftssekretär Bohnen wurde mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen, als er verächtliche Worte gegenüber den Eindringlingen gebrauchte. Ähnlich erging es noch mehreren Angestellten der Arbeiterbank. Alle, die sich dem Regime gegenüber verächtlich benahmen, wurden in einem Lastwagen weggefahren. Sie trafen sich alle in Lichtenburg wieder.“

Über den faschistischen Terror in Riesa, wo Arbeiter in der Nacht zum 1. Mai eine Rote Fahne auf dem Gewerkschaftshaus gehisst und gut gesichert hatten, wurde berichtet : „ Viele Arbeiter, vor allem ehemalige Kommunisten, aber auch Sympathisierende wurden am 2. Mai von Rollkommandos der SA,SS und Sipo aus den Wohnungen und den Arbeitsstätten geholt und unter Drangsalierungen und Schlägen mit Gummiknüppeln in den Keller des Gewerkschaftshauses oder ins Gefängnis getrieben und eingesperrt. Die Schreie der Gemarterten und Geschlagenen wurden auf der Straße gehört. Unsere Fahne flatterte unterdessen weiterhin zur Wut der Faschisten auf dem Gewerkschaftshaus.“

Diesen kämpfenden antifaschistischen Gewerkschaftern, diesen Opfern des faschistischen Terrors, hat der FDGB in seinen Dokumenten ein unzerstörbares Denkmal gesetzt. Stellvertretend für Alle wurden geehrt:

Ambros, Emmerich, Betriebsrat im RAW- Dresden, ermordet September 1938, Hohnstein.

Dolgener, Willi, Gewerkschaftssekretär der KPD Halle- Merseburg, ermordet Januar 1934, Hamburg- Fuhlsbüttel.

Erdmann, Lothar, Sekretär im Vorstand des ADGB, Redakteur der „Arbeit“, ermordet September 1938, Sachsenhausen.

v. Essen, Paul, Betriebsratsmitglied, Kabelwerk Berlin-Oberspree, ermordet im Juni 1933, Köpenicker Blutwoche.

Funk, Albert, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Bergarbeiter, ermordet April 1933, Recklinghausen.

Gensch, Erich, Gewerkschaftssekretär der KPD , ermordet im August 1944, Nürnberg.

Husemann, Fritz, Vorsitzender des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, ermordet im April 1935, Moorlager Esterwegen.

Imbusch, Heinrich, Vorsitzender des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ermordet im Januar 1945, Essen.

Leuschner, Wilhelm, Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB, ermordet im September 1944, Berlin-Plötzensee.

Maddalena, Max, Mitglied der Reichsleitung der RGO, ermordet im Oktober 1943, Zuchthaus Brandenburg- Görden.

Marschner, Friedrich, Betriebsratsvorsitzender der Wanderer- Werke in Chemnitz, im April 1938 als Interbrigadist in Spanien gefallen.

Otto, Hans, Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Vizepräsident, ermordet im November 1933, Berlin.

Saefkow, Anton, Gewerkschaftssekretär der KPD, ermordet im September 1944, Zuchthaus Brandenburg- Görden.

Scharfschwerdt, Otto, Vorsitzender des Lokomotivführerverbandes, ermordet im Mai 1943, Sachsenhausen.

Schliestedt, Heinrich, Vorstandssekretär im DMV und Beauftragter des Internationalen Metallarbeiter- Bundes, im August 1938 bei einem „Flugzeugabsturz“ bei Offenburg( Baden) ums Leben gekommen.

Schmaus, Johannes, Vorstandsmitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes, ermordet im Juni 1933, Köpenicker Blutwoche.

Schulenburg Gustav, Bevollmächtigter des DMV Karlsruhe und Vorsitzender im Koordinationausschuss deutscher Gewerkschafter in Frankreich, ermordet im Dezember 1944, Dachau.

Steinfurt, Erich, Betriebsrat im RAW-Berlin- Grunewald, ermordet im Februar 1934, Berlin- Wannsee.

Trepte, Ella, Gewerkschaftssekretärin der KPD, ermordet im August 1943, Sachsenhausen.

Voigt, Ewald, Betriebsrat im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, ermordet im September 1933, Berlin.

Zachert, Eduard, Bezirksvorsitzender der Allgemeinen Postgewerkschaft Berlin, ermordet im Juli 1943, Berlin-Plötzensee.

Die Tatsache, dass diese Art Denkmal unzerstörbar ist, diese Namen und ihre Leistungen für immer in unseren Herzen eingeschreint sind, muss deshalb hervorgehoben werden, weil andere entsprechende Denkmale zerstört wurden, heute unauffindbar sind. So geschehen mit der Gedenktafel am Gewerkschaftshaus in der Berliner Wallstraße, die an den brutalen Überfall der SA am 2. Mai 1933 auf die Büros der Gewerkschaften und die Einrichtungen der Arbeiterbank erinnerte.

Ausgehend von diesen Terrorakten gegen die freien Gewerkschaften übten die Nazis, insbesondere R. Ley und seine Satrapen, Druck auf die anderen Gewerkschaften aus. Sie forderten, sich dem sogenannten „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ freiwillig zu unterstellen. Diesem Druck gaben am 3. Mai die Christlichen Gewerkschaften, die Hirsch- Dunkschen Verbände und einige andere Organisationen nach. Am 4. Mai folgten der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nach.

Diese Ausschaltung aller Gewerkschaften in Deutschland war eine der schwersten Niederlagen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihrer fast hundertjährigen Geschichte hinnehmen musste. Diese Niederlage war nicht schicksalhaft, sie darf sich nie wieder, in welcher Form auch immer, wiederholen.

Es gibt keine bessere Analyse dieser Vorgänge, dieser Niederlage, als die von Wilhelm Pieck. Er war über drei Jahrzehnte Mitglied des Deutschen Holzarbeiter- Verbandes und für die Zeit der Haft Ernst Thälmanns der gewählte Vorsitzende der KPD. 1943, zum zehnten Jahrestag der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften, vermittelte er über „Radio Moskau“: „Die Zerstörung der freien Gewerkschaften war ein schwerer Schlag gegen unsere Arbeiterschaft. Jeder von euch weiß, was uns unsere Gewerkschaften bedeuteten. Sie waren uns die Verkörperung der mehr als 70jährigen ruhmreichen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung mit all ihren gewaltigen Kämpfen und Taten der brüderlichen Solidarität. Sie waren uns die Waffe, mit der wir für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpften und mit der wir die Anschläge der Reaktion abwehrten. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde jedem von uns ein Stück seines Lebens genommen.“

Analog resümierten sozialdemokratische Gewerkschafter : Es steht ohne Zweifel fest, das die faschistischen Machthaber ihren Eroberungsfeldzug gegen

die friedlichen Völker Europas erst beginnen konnten, nachdem sie ihren inneren Gegner unterworfen hatten. Ohne die Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung, ohne Vernichtung ihrer sozialen Rechte, ohne die Beseitigung jeglicher demokratischer Rechte, wäre der Versuch, sich die ganze Welt zu unterjochen, nicht möglich gewesen.

Es muss also den geringsten Ansätzen, die Rolle der Gewerkschaften einzuschränken, demokratische Rechte abzubauen, mit aller Kraft entgegengetreten werden.

### **Die faschistische „ Deutsche Arbeitsfront“ ( DAF)**

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zerschlagung der Gewerkschaften erfolgte am 10. Mai 1933 auf ihrem ersten Kongress die Bildung der „ Deutschen Arbeitsfront“ ( DAF). Unter den 500 Anwesenden auf diesem Propagandaspektakel befand sich das gesamte faschistische Kabinett mit Hitler an der Spitze. Ferner waren alle Gauleiter der Nazipartei, Vertreter der Reichswehr sowie Führer der SA und SS anwesend. Robert Ley, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, wurde von Hitler als Führer der DAF eingesetzt.

In Zeiten , in denen in der BRD immer größere Teile der Bevölkerung „positive Seiten und Errungenschaften der Nazi Herrschaft“ zu erkennen glauben, muss etwas zum Charakter und der Rolle der DAF gesagt werden.

Natürlicherweise kommen unter Bedingungen der Existenz von drei bis vier Millionen Arbeitslosen seit Jahren Feststellungen wie „ unter Hitler wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt“ bei einigen Werktätigen gut an. Wer aber bringt ihnen den Zusammenhang nahe, dass aus den 6 Millionen Arbeitslosen 1932 in Deutschland am Ende der Nazi Herrschaft und der Kriegs- und Raubpolitik der deutschen Monopole 5 Millionen Tote und unermessliche Schäden standen?

Ja, die Deutschen hätscheln ihr“ liebstes Kind“, die Autos und die Autobahnen. Die sind doch in der Nazizeit entstanden. Sind die „ Käfer „ von Porsche nicht als „ Volkswagen“ in die Welt gesetzt worden?

Wer will denn heute noch wissen, dass Wolfsburg 1938 zur Zeit der Gründung der VW- Werke ein Örtchen mit 1110 Einwohnern war, aber 1940, im Kriege bereits 14.000 Einwohner zählte. Vor dem Krieg wurden nur 630 VW gebaut. Nicht ein Arbeiter fuhr damit, obwohl Tausende den Wagen mit ihren hart erarbeiteten Groschen bezahlt hatten. Aber aus der Rüstungsschmiede Wolfsburg fuhren Tausende von Kübelwagen an die Front, in den Tod. Von hier, der Propagandaschaustelle der DAF, brachten die produzierten Panzerketten, Bombengehäuse, Minen und Teile der faschistischen Raketen „Wunderwaffe- V – I“ Tod und Verderben. Bleibt noch der letzte Satz hierzu: Alle Autostraßen führten zu den geplanten Kriegsfronten.

Schließlich gehörte es zu den offenen Geheimnissen dieser Zeit, dass die so angepriesenen „Urlauberschiffe“ von vornherein als Truppentransporter und Lazarettsschiffe ausgelegt waren. Wer nur einmal seinen Fuß in die Gebäude und unterirdischen Kanäle zwischen den Gebäuden des sogenannten „KdF- Bad Binz „(Prora) bis hin zur Außenreedee gesetzt hat, der spürte unmittelbar den Atem der Kasernen und der Lazarette.

Wegen dieser Tatsachen, und nicht nur dieser, darf von dem Gerede über „Gutes in der Nazizeit“ kein Stein auf dem anderen bleiben.

Die „Deutsche Arbeitsfront“ war nie und zu keiner Zeit eine Gewerkschaft oder gewerkschaftsähnliche Organisation. In der Hitler-Verordnung über „Wesen und Ziel der DAF“ vom 24. Oktober 1934 wurde die DAF unmissverständlich als „eine Gliederung der NSDAP im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ charakterisiert.

Ja, bis Anfang 1934 gab es auch noch 14 neue Arbeiterverbände und 9 Angestelltenverbände, jeweils zusammengefasst im „Gesamtverband der deutschen Arbeiter“ und im „Gesamtverband der deutschen Angestellten“. Sie wurden vom „Zentralbüro der DAF“ mit dem von Hitler berufenen- nie gewählten – Robert Ley geleitet. Schließlich gab es in der DAF auch einen „Kleinen und einen Großen Arbeitskonvent“ deren Mitglieder nun von R. Ley berufen wurden- also kein Hauch von demokratischen Regeln.

In der DAF ging es niemals darum, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Eine ihrer ersten Aufgaben bestand „in der Erziehung des schaffenden Deutschlands zum Nationalsozialismus“. Des weiteren sah sie ihr Hauptziel in der Errichtung der „Grundlagen und Voraussetzungen für die deutsche Wehrgemeinschaft“. Deshalb gab es bereits seit 1935 in der DAF eine „Abteilung Wehrmacht“. Es galt also aus den Arbeitern die höchsten Leistungen für den kommenden Krieg herauszupressen.

Diese verbrecherischen Ziele und Aufgabenstellungen wurden letztlich am 20. Januar 1934 durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ festgeschrieben und weiter ausgestaltet.

Alle in der Wirtschaft Tätigen, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, wurden jetzt direkt Mitglied der DAF. Entsprechend dem „Führerprinzip“ wurde verfügt, „der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten“. Das war die gesetzliche Festschreibung des kapitalistischen „Herrn im Hause- Standpunkts“.

Die Betriebsräte wurden aufgelöst und durch sogenannte „Vertrauensräte“ ersetzt. In jedem Falle war der Unternehmer Mitglied und Führer des Vertrauensrates.

Es gab auch in den Jahren 1934 und 1935 „Vertrauensrätewahlen“. Die 1936 begonnenen Wahlen wurden „vertagt“, fanden aber niemals mehr, bis 1945 statt.

Die ablehnende Haltung der Arbeiter war letztlich so stark, dass die Nazis gezwungen wurden, ihr eigenes Gesetz zu brechen.

Bleibt noch der Verweis auf ein letztes Organ der Unternehmer, der Monopolgewaltigen, zur Ausbeutung der Arbeiter sowie zur völligen Eingliederung in die Rüstungswirtschaft und die Kriegsvorbereitungen- die „Treuhänder der Arbeit“.

Sie hatten das Recht, die Bildung der Vertrauensräte und deren Arbeit zu überwachen. Sie hatten in Streitfällen zu schlichten, waren aber auch für die Herausgabe der Richtlinien für Betriebsordnungen und Tarifverträge verantwortlich. Die Frage, in wessen Interesse und mit welchen Zielen diese „Treuhänder“ wirksam waren, erledigt sich von selbst, wenn man weiß, wer sie waren und woher sie kamen:

Gebiet Hamburg- Dr. Voeltzer, früher Syndikus der Unternehmerverbände Cuxhaven;

Ruhrgebiet- Karl Hahn, ehemals Geschäftsführer der Unternehmerverbände der deutschen Holzindustrie;

Gebiet Pommern- Admiral a.D. Clasen, verantwortlicher Offizier bei Operationen gegen die Arbeiter in Mitteldeutschland 1918 und 1923;

Und so weiter.

Damit war das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, wie die Nazis selbst formulierten „ein scharfes Schwert in der Hand des nationalsozialistischen Staatsapparates“.

Das Hitlerregime war sich jedoch auch im Klaren darüber, dass man nicht nur mit dem scharfen Schwert wüten konnte. Deshalb wurde das „Schwert“, die „Peitsche“, mit dem „Zuckerbrot“ verknüpft. Diesen sozialdemagogischen Absichten der Nazis entsprach die Bildung der „Nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, (KdF).

Nach anfänglichen Misstrauen und Boykott dieser mit gewaltigen Propagandaaufwand begleiteten Schöpfung der DAF, wuchsen die Nutzung und Anwendung der von KdF gebotenen Leistungen. Sie bestanden unter anderem in relativ billigen Theater- und Konzertkarten in den „Theatern des Volkes“. Den größten propagandistischen Erfolg erzielte das KdF- Amt „Reisen- Wandern- Urlaub“. Etwa drei Millionen Personen reisten zwei Wochen für 65,50 Reichsmark an den Bodensee oder für 30 RM nach Warnemünde. Reisen auf sechs KdF- Schiffen für 155 RM führten nach Norwegen, Griechenland, Italien und in andere Länder. Die Schiffsreisen waren immer ausgesprochene Propagandafahrten, sie verfehlten aber nicht ihren Zweck.

Da diese Propagandainstrumente in den ersten Jahren der Naziherrschaft auch mit Fortschritten beim Arbeitsschutz, der Jugendausbildung und auch mit Sozialleistungen in einigen Betrieben verknüpft waren, gelang es den Faschisten ideologische Wirkung zu erzielen.

Keine dieser Maßnahmen war jedoch auf die wirkliche Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen gerichtet. Sie waren immer nur zweckgerichtete Mittel der Nazis, um die Massen ideologisch zu beeinflussen. Ihre Arbeitskraft sollte erhöht werden, um im vollem Umfang der mörderischen Rüstungsmaschinerie zu dienen.

So erweist sich die „gewaltigste kulturelle Leistung des Nationalsozialismus“ – wie das faschistische Regime selber tönte – als untrennbarer Bestandteil der Kriegsvorbereitung, des millionenfachen Völkermordes.

### **Was soll das alles, 75 Jahre danach? Gibt es Erkenntnisse und Lehren für uns im 21. Jahrhundert?**

Ja, und abermals, Ja!

Nach den Jahren der bittersten Erfahrungen in der Zeit der faschistischen Diktatur entstanden im Westen und im Osten Deutschlands mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) Einheitsgewerkschaften. Sie überwandern die alte Aufspaltung in weltanschauliche und politische Richtungen und schufen einheitliche gewerkschaftliche Organisationen nach dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“.

2006 hielten sozialdemokratische Gewerkschafter fest, das der 1949 gegründete DGB, „geprägt von den Erfahrungen der Nazizeit“, der Überzeugung war, „dass es keine erneute Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung geben dürfe“.

Diese Einheit muss mit allen Kräften bewahrt und verteidigt werden. Sie ist seit längerem ernsthaft bedroht. Angestellte und Beamte gehen seit längerem ihre eigenen Wege in selbständigen Bündern. Die 1953 entstandene „Christlich Soziale Kollegenschaft“ bildete ihre Fraktion und war so die Grundlage für den Schritt zu neuen Christlichen Gewerkschaften. Und wenn Siemens sich seine eigenen „gelben Gewerkschaften“ schafft, wenn spezielle Gruppen außerhalb der Gewerkschaften der Eisenbahner und von Verdi die Solidarität der Arbeiter und Angestellten aufsplintern, dann ist höchste Kampfbereitschaft um und für die Einheit der Gewerkschaften angesagt.

Zwölf Jahre faschistische Diktatur vermitteln den Gewerkschaften eine weitere Erkenntnis und Lehre. Gewerkschaften müssen als Interessenvertreter der Werktätigen aktiv für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen und Rechte der Arbeitnehmer eintreten. Aber ihre Erkenntnis war, sich nicht allein darauf zu beschränken. Die Einheitsgewerkschaften wollten und mussten auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss nehmen. Ihre Mitbestimmungsrechte, hart erkämpft und verteidigt, sollten helfen, dass die Monopole enteignet werden, dass Rüstungs- und Kriegspolitik nie mehr möglich sind.



2006 wurde von sozialdemokratischen Gewerkschaftern lapidar festgestellt, dass die Gewerkschaften zu einem normalen Interessenverband im Rahmen der tarif- autonomen Konfliktregelung im vorparlamentarischen Raum geworden sind. Monate vergingen ohne das ein Aufschrei der Empörung durch die Gewerkschaften ging.

Jetzt aber, im November 2007, kam eine richtige Antwort. Vom Metallertreff des „Stuttgarter Zukunftsforum“, ein Forum bundesweiter Initiativen zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, kam der Ruf „Wir wollen Gewerkschaften, die kämpfen! „ Innerhalb weniger Tage wurden 205 Unterschriften- hauptsächlich von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall, aber auch von Verdi, der IG BCE und GEW- unter diesen Aufruf gesetzt.

Im Aufruf heißt es unter anderem:

„Nur Gewerkschaften, die selbstbewusst und entschlossen dem Gegner gegenüberstehen, haben langfristig eine Zukunft.

Nur Gewerkschaften, die konsequent und kämpferisch Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Errungenschaften verteidigen und verbessern, können die Spirale nach unten stoppen.

Nur Gewerkschaften, die die Diskussionen in der Mitgliedschaft organisieren, die innergewerkschaftliche Demokratie und Überparteilichkeit verwirklichen, die Kämpfe vorantreiben und nicht ausbremsen, werden diese Stärke entwickeln können.

Nur Gewerkschaften, die lernen, über Ländergrenzen hinweg Kämpfe gegen den gemeinsamen Gegner zu organisieren, werden Siege erringen können. Dafür treten wir ein!“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Diesen Überlegungen ist nur noch ein letzter Gedankenanstoß anzufügen.

Die SPD, aber auch die CDU, tönen vollmundig, dass sie die „Volksparteien „ seien, die für das Wohl und das Wehe unseres Volkes eintreten. Abgesehen davon, dass sie nie die wahren Interessen des Volkes wahrnehmen und vertreten und immer öfter gegen die Interessen des Volkes auftreten und entscheiden – siehe Rüstungspolitik und Kriegspolitik in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak- wie stark sind denn eigentlich diese „Volksparteien“?

Bei einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen und der so hochgejubelten Zahl von 40 Millionen Menschen in Arbeit, hat die SPD 543.000 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder in der CDU beträgt analog 550.000 Mitglieder.

Warum soll und muss der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften mit ihren immerhin 6.500.000 Mitgliedern -

allein die Industriegewerkschaft Metall hat 2.300.000 Mitglieder- im „vorparlamentarischen Raum arbeiten?“

Dass es auch anders und besser geht, hat der FDGB in seiner über vierzigjährigen Geschichte bewiesen. In der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gab es seit 1949 immer eine Fraktion des FDGB, die aktiv die Interessen der Werktätigen auch im Parlament vertrat, die eigene Gesetzesinitiative besaß, sie wahrnahm und zu allen Fragen Stellung nahm. Das war einmalig in der Welt der Arbeit. So etwas gab es weder in den anderen sozialistischen Staaten und schon gar nicht in den bürgerlichen Parlamenten der kapitalistischen Staaten, auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Die „Volksparteien“ verweisen immer öfter auf die schwierigen Probleme und die neuen Anforderungen der Globalisierung und auf die Probleme, die aus dem „Wandel zur Kommunikations- und Dienstleistungsgesellschaft“ erwachsen. Abgesehen davon, dass sie mit diesen Begriffen den wahren Charakter der imperialistischen Gesellschaft verschleiern wollen, kommt keine dieser Parteien bei ihren Überlegungen, um diese Probleme zu meistern, auf neue Ideen, auf neue Schritte.

Wenn die SPD, wie auf ihrem jüngsten, dem Hamburger Parteitag verkündet, unbeirrt an den Grundforderungen sozialer Gerechtigkeit, menschlicher Solidarität, friedlicher Demokratie und internationaler, friedlicher Zusammenarbeit festhalten will, dann gehören die Gewerkschaften an der Seite der SPD ins Parlament. Packen wir es an!

PS. ( Post Skriptum auf der Grundlage der Tagespresse vom 21. Dezember 2007)

#### Über die Bedeutung von Einheitsgewerkschaften.

Kleine Spartengewerkschaften von Lokführern , Fluglotsen, und Klinikärzten spalten die Einheitsgewerkschaften. Hört man von diesen Spartengewerkschaften etwa etwas zum Mindestlohn oder Renteneintritt? Gerecht ist , wenn es in Betrieben Eingruppierungen von allen Beschäftigten in Haustarifverträgen oder Flächentarifverträgen gibt. Wer ein überzeugter Linker ist, sollte Mitglied einer Einzelgewerkschaft des DGB sein. Nur so kann er die Einheitsgewerkschaft stärken, damit diese in der Gesellschaft mehr Einfluss hat. Viele Funktionäre der Spartengewerkschaften sind Mitglied der CDU. Stellt sich die Partei DIE LINKE gegen den DGB und seine Einzelgewerkschaften, ist ihre Existenz in Westdeutschland gefährdet. Die WASG ist zum Teil aus den DGB- Gewerkschaften heraus gegründet worden.

Heinz Georg Wolff, 59063 Hamm,

Erinnert sich noch jemand an die Weimarer Republik? Das Ergebnis der Erfahrungen in der damaligen Zeit hieß in Ost wie in West Einheitsgewerkschaft, nicht Richtungs- oder Berufsgruppengewerkschaft.

Ottmar A. Ihl, Esslingen.

**Herausgeber:** Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e.V. ( VFDG )  
Vorsitzender Prof. Dr. Horst Bednareck  
Am Berg 4, 12559 Berlin, Tel: 030- 65475369

**Redaktion:** Werner Koch  
Neltestr. 7, 12489 Berlin, Tel: 030- 6772087

**Unkostenbeitrag:** 2 EURO